

Der Mann mit dem Masterplan

Horst Seehofer lobt die Fortschritte im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge / Von Timo Frasch

NÜRNBERG, 6. April. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf), das seinen Sitz in Nürnberg hat, also zwischen Berlin und Horst Seehofers Heimat Ingolstadt, war die erste der 19 nachgeordneten Behörden des Bundesinnenministeriums, die der neue Chef besuchte. Seehofer lobte die Fortschritte in der Behörde – Altfälle abgearbeitet, durchschnittliche Verfahrensdauer auf drei Monate reduziert –, mahnte aber auch weitere Verbesserungen an. Diesem Zweck sollen unter anderem die Ankerzentren dienen, in denen künftig die Aufnahme der Flüchtlinge, die Entscheidung über ihren Status und gegebenenfalls die Rückführung gebündelt werden sollen. Im September und Oktober sollen nach Angaben Seehofers bis zu fünf Pilotzentren vor allem in den großen Bundesländern in Betrieb gehen. Das soll zunächst ohne gesetzliche Änderungen geschehen; ob Anpassungen, womöglich sogar grundgesetzlicher Art, nötig seien, um etwa den Bund stärker an Abschiebungen zu beteiligen, werde die Praxis zeigen. Seehofer sagte, für die Aufgaben, die die Politik dem Bamf übertragen habe, werde „deutlich mehr Personal“ als bisher gebraucht. Die Zahl der Rückführungen müsse „deutlich“ erhöht werden, um die Akzeptanz der Politik in der Bevölkerung nicht aufs Spiel zu setzen. Er kündigte außerdem an, „spätestens bis zur Sommerpause“ werde er einen „Masterplan für Migration“ ins Kabinett einbringen. Schon in den kommenden Tagen werde er zusammen mit Gerd Müller, dem Entwicklungsminister von der CSU, eine Antwort auf die Frage vorantreiben, was man mit den Ländern mache, aus denen



Wo geht es in Zukunft lang? Horst Seehofer am Freitag mit der Leiterin des Bamf, Jutta Cordt

Foto dpa

nen die Flüchtlinge kommen. In der Bekämpfung der Fluchtursachen sehe er nicht nur die „erste und wichtigste“, sondern auch „die christlichste und humanste“ Antwort auf die Flüchtlingskrise.

Richtig in Fahrt kam Seehofer, als er auf Kritik des Koalitionspartners SPD an einem Gesetzentwurf aus seinem Haus zum Thema Familiennachzug angesprochen wurde. Er halte sich „in allen Schritten

strikt an den Koalitionsvertrag“. Im Übrigen finde er es „ziemlich ungewöhnlich“, dass ein Gesetzentwurf in einem so frühen Stadium vom Koalitionspartner „öffentlich begleitet“ werde. Zu der von ihm neu befeuerten Debatte über den Islam in Deutschland sagte er, alle redeten immer davon, dass wieder über verschiedene Alternativen diskutiert werden müsse – „aber wehe, es findet statt“, dann komme

es zum „Versuch der Hinrichtung gegenüber dem, der eine solche Diskussion führt“. Vor diesem Hintergrund zeigte Seehofer auch Nachsicht für seinen Kabinettskollegen Jens Spahn von der CDU, der sich zuletzt in die Debatte um Recht und Ordnung in Deutschland eingeschaltet hatte. Er selbst, so Seehofer, habe sich einst als Bundeslandwirtschaftsminister auch nie allein an sein Ressort gehalten.

Im Gespräch: Ralph Ghabban, Politologe und Islamwissenschaftler, über die Gefahr durch arabische Clan-Kriminalität und die Frage, was der Staat tun könnte

„Wir müssen die Clan-Strukturen jetzt schnell zerschlagen“

Herr Ghabban, Sie sind einer der wenigen Fachleute in Deutschland, die sich schon seit Jahrzehnten mit den kriminellen Machenschaften sogenannter kurdisch-libanesischer Clans und deren Parallelgesellschaft befassen. Im Herbst erscheint Ihr Buch „Arabische Clans. Die unterschätzte Form der organisierten Kriminalität“. Wann wurden Sie das erste Mal auf diese Gruppe aufmerksam?

Ich stamme selbst aus dem Libanon. Anfang der siebziger Jahre bekam ich ein Promotionsstipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes. Wie für viele meiner Landsleute im Ausland war auch für mich der Ausbruch des Bürgerkriegs im Libanon im April 1975 ein tiefer Einschnitt. Ich sagte mir: Jetzt musst du helfen. Aus dem Ehrenamt wurde schnell mein Beruf: Zwischen 1977 und 1992 war ich als Sozialarbeiter an Schulen und Kindergärten tätig, zehn Jahre lang war ich Leiter der Beratungsstelle für Araber beim Diakonischen Werk. Seit 26 Jahren bin ich Lehrbeauftragter, betreibe Migrationsforschung mit dem Schwerpunkt Islam und befasse mich dabei auch immer wieder mit den sogenannten Mhallamiye-Kurden. Auf die Gruppe wurde ich 1976 aufmerksam, als man mich in ein Obdachloshaus rief, wo neue Flüchtlinge angekommen waren. Es stellte sich heraus: Die Leute kamen zwar aus dem Libanon, waren aber gar keine Libanesen. Sie nannten sich selbst Mhallamiye. Sie waren einst als Armutseinwanderer aus der Südosttürkei in den Libanon gekommen, wurden als Kurden bezeichnet, sprachen aber nicht Kurdisch, sondern den arabischen Mhallamiye-Dialekt, daher ihr Name. Im Libanon blieben sie gesellschaftlich ausgegrenzt, lebten in Gettos. Deshalb verfestigten sich ihre archaischen Stammesstrukturen noch.

Diese Clan-Strukturen sollten sich auch in Deutschland bald als Problem erweisen. Wann fielen die Mhallamiye erstmals in Berlin auf?

Zunächst waren sie Deutschland sehr dankbar. Alle arabischen Länder hatten die Grenzen geschlossen, Deutschland aber war bereit, sie aufzunehmen. Im Libanon waren sie die Ärmsten der Armen, weshalb der gekürzte Sozialhilfesatz in Deutschland für sie einen sozialen Aufstieg ermöglichte und also einen starken Pull-Faktor darstellte, wie man in der Migrationsforschung sagt. In dieser Phase der Dankbarkeit gab es eine gute Chance, die ja noch recht überschaubare Zahl der Großfamilienmitglieder in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Aber sie wurde vertan, indem der Staat auf Restriktionen wie Arbeitsverbote setzte, obwohl

klar war, dass die Leute bleiben würden. So wurden die Mhallamiye wieder an den Rand gedrängt. Sie richteten sich aber nicht einfach in ihrer Opferrolle ein, sondern transformierten ihre Strukturen in ein kriminelles Wirtschaftssystem. Es begann in den 1980er Jahren mit Raubzügen durch Supermärkte. Die Entwicklung verstärkte sich rasch selbst, in den 1990ern gab es zwischen einigen Clans einen Kriminalisierungs-Wettbewerb: Wer ist erfolgreicher beim Zusammenraffen, wer hat die meisten Razzien. Über die Jahre haben sie das dann immer weiter professionalisiert: Mit Raub, Drogenhandel und Prostitution verdienen die Clans heute Millionen. Inzwischen sind nicht nur in Berlin, sondern auch in Bremen oder im Ruhrgebiet mehrere Generationen von Kriminellen entstanden mit einer neuen kriminellen Tradition, zu der zunehmend auch Geldwäsche zählt. Gleichzeitig nehmen sie den Sozialstaat gezielt aus: 90 Prozent der Clan-Mitglieder in Berlin sind arbeitslos gemeldet, Hartz IV betrachten sie als ihr „Grundgehalt“. Sie lassen sich also von der Gesellschaft aushalten, die sie zur selben Zeit ausbeuten. Ihre Verachtung für die scheinbar schwache Gesellschaft, die sich das alles bieten lässt, verstärkt das noch. Ohnehin betrachten sie alles außerhalb ihres Clans als feindlich. Sie hassens ihre Opfer und verachten mittlerweile auch alle Deutsche.

Ist das nicht arg zugespitzt?

Keinesfalls! Die Clans fühlen sich mittlerweile allmächtig. Das zeigen spektakuläre Taten wie die Plünderung der Juwelier-Abteilung im KaDeWe oder der Einbruch ins Bode-Museum, wo Clan-Mitglieder vor einem Jahr eine hundert Kilogramm schwere Goldmünze stahlen. Das Signal ist eindeutig: Wir können euch berauben, während ihr tatenlos zuseht. Die Clans haben längst alle Grenzen überschritten. Nun gehen sie zum offenen Angriff auf unsere Rechtsordnung über. Ein Beispiel ist die versuchte Gefangenenerlöschung eines wegen Raubes vorläufig festgenommenen Verwandten in Hameln. Sechs Clan-Mitglieder, die Polizisten krankenhausreif prügelten, wurden im vergangenen Jahr verurteilt – aber nur zu lächerlichen Bewährungsstrafen. Das völlig falsch verstandene Toleranz-Verständnis, diese panische Angst vor Stigmatisierung hat leider auch die Justiz erfasst. Aber ist das ein Wunder? Hier in der Berliner Stadtpolitik diskutieren immer noch manche, ob nicht schon der Begriff Clan diskriminierend sei. Ein Lagebild hat die Polizei anders als in Bremen immer noch nicht. Das heißt: Sie weiß gar nicht, gegen wen sie ermitteln soll. Und in NRW sieht es bisher nicht besser aus.

Wie erklären Sie sich das?

Der Multikulturalismus hat mittlerweile auch in den staatlichen Strukturen tiefe Spuren hinterlassen. Bei Vorträgen und Diskussions- und Fortbildungsveranstaltungen merke ich selbst bei Richtern und Polizisten, wie groß und verbreitet die Begriffsverwirrung ist. Alle wollen irgendwie multikulti sein, weil sie glauben, dass der Begriff ein Synonym für demokratischen Pluralismus sei. Beim demokratischen Pluralismus geht es um Vielfalt auf einer gemeinsamen Basis namens Grundgesetz. Die nicht verhandelbaren Kernwerte lauten: Meinungs- und Religionsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung von Mann und Frau. Der Multikulturalismus dagegen ist eine Ideologie, die alle Kulturen und Haltungen als per se gleichwertig erklärt, auch wenn sie komplett intolerant sind.

Und aus vermeintlichem Respekt muss dann auch den Clans gegenüber das konsequente Beharren auf Recht und Gesetz unterbleiben?

Ja, genau das ist leider die gnadenlose Praxis. Tausende Menschen haben im Laufe der vergangenen 30 Jahre physisch und materiell unter der Clan-Kriminalität gelitten, und der Staat hat die Opfer nicht ernst genommen, sondern ein gravierendes soziales Problem durch Vernachlässigung und Wegschauen wachsen lassen. Opfer gibt es auch innerhalb der Clans. Nach meiner Einschätzung sind viele Mitglieder gar nicht glücklich. Sie fühlen sich in ihren Strukturen gefangen, würden lieber ein ganz gewöhnliches Leben führen, sich eben individualisieren. Sie sehen ja, welche Chancen die offene Gesellschaft ihnen eigentlich bietet. Doch die „Ehre“ der Familie, die angeblich über allem zu stehen hat, verhindert den Ausstieg. Obwohl Leute wie die Berliner Richterin Kirsten Heisig schon vor Jahren Aussteigerprogramme für Clan-Mitglieder forderten, gibt es solche Angebote bis heute nicht. Besonders wichtig wäre das für Frauen. Sie sind das Opfer Nummer eins der Clans. Immer mal wieder versuchen junge Frauen auszubrechen, werden aber regelmäßig mit Gewalt von ihren Brüdern, Vätern und Ehemännern zurückgezwungen. Die unfreie Frau ist ein Kernelement der Machtstruktur der Clans. Um das Gefüge zu festigen, werden Mädchen früh vorzugsweise mit Cousins zwangsverheiratet und haben dann möglichst viele Kinder zu bekommen. Familien mit neun, zehn Kindern sind die Regel.

Welche Auswirkungen hat der Kinderreichtum?

Die Clans nutzen ihre dynamische demographische Entwicklung offen als Drohkulisse. Aktenkundig ist ein Fall aus dem Sommer 2015, als eine Clan-Delegation bei einem Gespräch mit der Polizei in Gelsenkirchen unverhohlen darlegte, die Polizei werde einen „Krieg mit den Libanesen nicht gewinnen, weil wir zu viele sind“. Die waren sogar so frech, darauf hinzuweisen, dass NRW ja gar nicht genug Geld habe, um wie in Duisburg-Marxloh eine Polizei-Hundertschaft ge-

Konservative gegen Merkel

„Werteunion“ fordert Rückzug der CDU-Vorsitzenden

BERLIN, 6. April. Anhänger eines konservativen Richtungsvereins innerhalb der Union wollen an diesem Samstag in Schwetzingen einen Aufruf beschließen. Mitglieder des Vereins „WerteUnion“ fordern unter anderem die CDU-Vorsitzende Angela Merkel auf, bei der nächsten Vorstandswahl im Herbst nicht wieder zu kandidieren. Im Textentwurf für ein „Konservatives Manifest“ heißt es, die „WerteUnion“ trete für inhaltliche und personelle Erneuerung ein. Die Union solle sich auf Grundwerte besinnen und „auf dem Christentum fußende Überzeugungen im politischen Alltag umsetzen“. Kritik an den geltenden Regeln zum Schwangerschaftsabbruch gehören ebenso dazu wie ein traditionelles Familienbild („Vater, Mutter, Kind“) und ein „gesunder weltoffener Patriotismus“. Der Verein kritisiert die bisherige Europa-Politik und fordert Staaten, die nicht die wirtschaftlichen Kriterien einhalten können, dazu auf, die EU zu verlassen. Die Energiewende müsse beendet werden, Frauenquoten werden abgelehnt.

Der „WerteUnion“ gehören sowohl Parteimitglieder von CDU und CSU an als auch Vereinigungen innerhalb der Parteien, die den Kurs Merksel seit einiger Zeit kritisieren und eine Rückbesinnung auf eine traditionelle Politik der Union wünschen. Dazu zählt der „Berliner Kreis“, dem neben dem früheren hessischen Staatsminister Christian Wagner auch mehrere Bundestagsabgeordnete angehören, darunter die Abgeordnete

ten Pantel, Bellmann, Vaatz und Willsch und die früheren Abgeordneten Boshach und Uhl. Die „Initiative Freiheitlich-Konservativer Aufbruch“ agiert in mehreren Ländern, ihr gehören überwiegend Landes- oder Regionalpolitiker an. Aus Sachsen ist eine Initiative „Kurswechsel CDU“ dabei. Insgesamt sind es nach eigenen Angaben mehrere tausend Mitglieder. Mit Engagement hatte die Initiative eine Neuauflage der großen Koalition verhindern wollen. Sie hatte im Februar die Delegierten des CDU-Parteitages aufgefordert, den Koalitionsvertrag abzulehnen. Allerdings mit minimalem Erfolg. Der Vorsitzende des Vereins, Alexander Mitsch, vertritt die Auffassung, Merkel habe in der Koalition selbst keine Mehrheit und sei nur mit Stimmen von den Grünen zur Kanzlerin gewählt worden. Mitsch plant Großes für seine Bewegung. Er sei überzeugt davon, schrieb er vor vier Monaten, dass sie sich etablieren werde und in zwei Jahren „wesentlichen Einfluss auf die politischen Inhalte und Personalentscheidung ausübt“. (Kommentar Seite 10.)

Richtigstellung

Anders als in der Ausgabe vom 3. April berichtet ist die „Wiedergewinnung der Heimat“ nicht aus der Satzung der Sudeutschen Landsmannschaft gestrichen worden. Der entsprechende Beschluss der Mitgliederversammlung aus dem Jahr 2016 ist vom Landgericht München für nichtig erklärt worden. (F.A.Z.)

ler-Jung; Neue Sachbücher: Hannes Hintermeier; Politische Bücher: Dr. Peter Sturm; Zeitung und Steuern: Dr. Hendrik Wriedewitz; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

Bildredaktion: Christian Pohlert; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung:** Holger Windfuhr (Art Director); **Informationsgrafik:** Thomas Heumann.

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender); Dr. Volker Breid.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Ingo Müller; für Anzeigenproduktion: Andreas Gierth.

Anzeigenpreisliste Nr. 78 vom 1. Januar 2018 an; für Stellennanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste Nr. 12 vom 1. Januar 2018 an.

MONATSBEZUGSPREIS: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 64,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 71,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 32,40 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschul-anzeiger 32,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 37,90 €. Bei Postbezug der Sonntagszeitung erfolgt die Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag. Frankfurter Allgemeine Zeitung im Ausland 73,50 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zuzüglich Luftpostgebühren. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer. Das digitale Kombinationsangebot (E-Paper) der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung 46,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 30,90 €. Abonnement der digitalen Frankfurter

Allgemeine Sonntagszeitung; einschließlich der digitalen Frankfurter Allgemeine Zeitung am Samstag (Wochenabonnement E-Paper) 16,90 €. Einzelverkaufspreis der digitalen F.A.Z. 1,90 €; der digitalen F.A.S. 3,30 €; jeweils einschließlich 19 % Umsatzsteuer. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net. Die F.A.Z. erscheint wöchentlich, die Sonntagszeitung an jedem Sonntag – auch an Feiertagen. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt. Abonnementskündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausberechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrecht nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunfts erhalten Sie unter unTERSUCHUNG@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91-2985. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten

Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (030) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN
DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

Amthliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:
 Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 75 91-0. Anzeigenservice: (069) 75 91-33 44. Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00 oder www.faz.net/meinabo.
 Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91-23 33; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Kundenservice (0 69) 75 91-21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de
 Deutsche Postbank AG, Frankfurt am Main;
 IBAN: DE58 5001 0060 0091 3936 04; BIC: PBNKDEFF

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung

Gründungsherausgeber Erich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger; Dr. Nikolas Busse (stv.); für Nachrichten: Dr. Richard Wagner; für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Politik Online: Thomas Holl; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Johannes Pennekamp; für Unternehmens: Sven Astheimer; für Finanzen: Gerald Braunberger; für Wirtschaft Online: Patrick Bernau; für Sport: Anno Hecker, Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe; für Feuilleton: Dr. Edo Reents; Jakob Strobel y Serra (stv.); Hannes Hintermeier (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Andreas Plathaus; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander; Manfred Köhler (stv.)

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Nadine Börs; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmolz; Der Betriebswirt: Georg Giersberg; Der Volkswirt: Dr. Philipp Flicking; Die Lounge: Johannes Pennekamp; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Forschung und Lehre: Thomas Thiel; Geisteswissenschaften: Patrick Bahners; Immobilien: Michael Psotta; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medizin: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Jan Gorsarth; Natur und Wissenschaft: Joachim Müll-